

Ersteinst
in
Hütich (Schweiz)
Verlag
Hörschmann & Co.
Kottlingen-Säckel.
Postfach
Franko gegen Franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
entgegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Wertejahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kontingenz)
Fr. 3.— für Deutschland (Kontingenz)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Kontingenz)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltverkehrs (Kontingenz)

Inserate
Die dreizehnpennige Zeile für
25 Wk. — 30 Wk.

N. 23.

Donnerstag, 31. Mai.

1883.

Als an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, besagt der Postbescheid, dass die Postämter die Briefe nicht annehmen dürfen, wenn diese nicht durch einen in der Schweiz wohnenden Agenten oder durch einen in der Schweiz wohnenden Agenten übergeben werden. Die Briefe werden aber den wahren Absendern und Empfängern, sowie den Inhalt der Sendungen zu klären, und letztere dadurch zu klären. Hauptverbot ist dies einerseits, dass unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, dass auch möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich bekanntlich größere Sicherheit. So viel an uns liegt, werden wir gewiss weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteienossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Brod und Freiheit!

Das von der bloßen politischen Freiheit Niemand satt werden kann, ist eine so handgreifliche Wahrheit, dass sie selbst dem bornirtesten Dickhäuter einleuchtet; wenn aber aus ihr der Schluss gezogen wird, dass die politische Freiheit überhaupt etwas Neben-sächlich sei und von der Arbeiterklasse als Forderung zweiten Ranges betrachtet werden müsse, so ist das ein großer Irrthum, der leicht verhängnisvoll werden kann. Ohne Brod, d. h. ohne Sicherung der materiellen Existenz, keine wahre Freiheit, ohne Freiheit aber auch kein Brod, das ist unter allen Umständen festzuhalten.

Diesemgenen Leute, welche die politische Freiheit für eine untergeordnete Sache halten, und es gibt sonderbarer Weise sogar „überzeugte Sozialisten“, die das thun, weisen gewöhnlich zur Bekräftigung ihrer Auffassung auf die sogenannten freien Länder hin, wo das Volk nicht besser gestellt sei als in den monarchischen Staaten Europas.

Noch weiter gehen die Apostel der Phrase vom „sozialen Königthum“ und behaupten frech, dass es der Arbeiter unter dem „Schutz“ des Militärsystems viel besser habe als in den gott- und königslosen Republiken. „Seht die Lage der Arbeiter in Frankreich, in der Schweiz und Amerika“, heißt es, „ist sie etwa besser als die Lage des deutschen, des holländischen, des englischen Arbeiters?“

Jedenfalls, Ihr wackeren Volkstreue, ist sie in den genannten Republiken nicht schlechter als in Euren vielgepriesenen Gottesgnadenreichen. Einzig und allein die Schweiz macht vielleicht heute eine Ausnahme; aber warum? Weil ihr aus den sie umgebenden monarchischen Ländern ein so starker Strom von Arbeitskräften, denen es in der Heimath „zu wohl“ ist, zugeführt wird, dass die schweizerischen Arbeiter schier daran verzweifeln, ihre politische Freiheit im ökonomischen Kampfe auszunutzen. Ebenso klagen die französischen Arbeiter über die übergroße Konkurrenz, welche ihnen die Einwanderung von Arbeitern aus monarchischen Ländern macht, und in Amerika ist es gleichfalls der nicht versiegende Strom von Einwanderern aus den mit „starken“ Regierungen gesegneten Ländern, welcher den Kampf der dortigen Arbeiter behufs Hebung oder mindestens Aufrechterhaltung ihrer Lebenshaltung unendlich erschwert. Die Arbeiter selbst zeigen durch die Wahl der Länder, welche sie aussuchen, was sie von der Fürsorge ihrer landesväterlichen Regierungen für das Volk halten.

Diese landesväterliche Fürsorge ist nämlich ein ganz eigen-thümliches Ding.

Sie macht sich überall in erster Reihe in der Sorge dafür bemerkbar, dass der Arbeiter seine Steuern ordnungsgemäß zahle, insbesondere die Blutsteuer, sie dokumentirt sich ferner durch eine außerordentlich zärtliche Ueberwachung des Arbeiters auf Schritt und Tritt, auf dass er nicht — seinen Mund „zum Bösen“ aufthue oder gar den Versuchungskünsten „pietätloser Demagogen“ anheimsalle, denn die landesväterlichen Behörden betrachten die Arbeiter selbstverständlich als die Kinder des Landesvaters und behandeln sie demgemäß auch wie — Kinder. Wer sein Kind lieb hat, der züchtigt es, so heißt es schon in der Bibel. Deshalb hält man auch in Preußen-Deutschland dem Arbeiter beständig die Fuchtel vor die Augen.

Das ist aber nicht etwa nur in politischer Beziehung der Fall, sondern geschieht ganz ebenso auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Lohnkämpfe, welche sich heute in Deutschland an verschiedenen Orten abspielen, werden von den „väterlichen“ Behörden geradezu mit Argusaugen überwacht. Es wird den Arbeitern in jeder Beziehung klar gemacht, dass man ihre Beschwerden behufs Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse nur duldet; und unter dem Einfluss dieser „Dulbung“ leidet die Thätigkeit der Arbeiter selbstverständlich ganz bedeutend. Ehre den deutschen Arbeitern, dass sie trotz alledem so fest zu ihrer Sache stehen; wer aber wird bestreiten wollen, dass sie nicht noch viel energischer auftreten und ihre Interessen nicht noch viel kräftiger wahren, viel größere Vortheile sich erkämpfen würden, wenn ihnen nicht erfahrungsgemäß bei jeder starken Lebensäußerung die Polizei in den Arm fiele? Nur zum Schutze angeblich. Es fragt sich nur, wessen!

Da werden Sammlungen zur Unterstützung streikender Genossen schamlos verboten, gesammelte Gelder ohne Scham gekonfiszirt. Da werden Arbeiterblätter gemäßigert, Flugblätter, welche die Kollegen vor Fuzung warnen sollen, verboten — jeder Tag bietet neue Beispiele solcher polizeilicher Liebesdienste. Und selbst da, wo sie nicht direkt zur Anwendung kommen, lähmt, wie gesagt, das bloße Bewusstsein ihrer Möglichkeit die Thätigkeit

der Arbeiter. Wer das Damoklesschwert über seinem Haupte weiß, das bei jeder starken Erschütterung auf ihn heruntersinken kann, der ist in derselben Lage wie der Sträfling, dem die Bleikugel an den Füßen jede energische Bewegung unmöglich macht.

Wer hier etwa einwenden wollte, dass ja auch in der französischen Republik die Polizei in „so fürsorglicher“ Weise bei Streiks eingreift, dem sei erwidert, dass Frankreich erstens kaum ein halbes Menschenalter Republik ist, dass es uns ferner nicht einfüllt, mit dem bloßen Worte Republik den Begriff der Freiheit zu verbinden, dass wir vielmehr unter einer Republik ein durch und durch demokratisches Gemeinwesen verstehen, und dass, wenn der französischen Republik auch noch manche Erbflüche aus der Monarchie anhaften, in ihr, wie in allen Republiken unserer Zeit, die Entwicklung auf eine beständige Erweiterung der Volksrechte gerichtet ist, während wir in fast allen Monarchien — nur England macht in gewisser Beziehung eine Ausnahme — eine wachsende Beschränkung der Volksrechte sich vollziehen sehen.

Und worin dokumentirt sich, neben der oben geschilderten präventiven (vorbeugenden) „Fürsorge“, die „positive“ Fürsorge in der Monarchie?

Die mit so vielem Pomp in Szene gesetzte preussische Sozialreform hat es gezeigt: in Verschlechterungen des bestehenden Unterstützungswesens. Das Krankenkassenwesen wird in neue Formen eingewängt, Dank deren die Arbeiter von ihren Arbeitgebern noch abhängiger werden als vorher. Wie auf politischem Gebiete mit wachsender Unersöhnlichkeit erklärt wird, dass das Recht des Monarchen ein wirkliches Volksrecht nicht verträgt — so dass das Volk diesen Satz nie vergessen möge! — so werden auf wirtschaftlichem Gebiete ganz unverfroren Gesetze zu Gunsten der Arbeitgeber als arbeiterfeindliche Sozialreform auszugeben — in Oesterreich wie in Preußen.

Statt Brod bietet die Monarchie den Arbeitern Steine. Was aber bietet ihnen die Freiheit?

Anscheinend gar nichts; man spricht mit Recht von der „Freiheit, Hungers zu sterben“. Aber die hat der Arbeiter in der Monarchie auch, wie Tausende von Exempeln bezeugen. Die Freiheit ist nicht Selbstzweck, sie ist nur Mittel zum Zweck. Sie ist das Mittel und zwar das einzige Mittel, vermöge dessen die Arbeiterklasse ihre wirtschaftliche Emanzipation durchzusetzen vermag. Wie die beste Waffe dem nichts nützt, der sie nicht zu handhaben versteht, so muß natürlich auch der Gebrauch der Freiheit, der Gebrauch der Volksrechte erlernt werden, aber die Freiheit lernt sich nur in der Freiheit, der Gebrauch des Rechtes nur in der Ausübung desselben.

Man bleibe uns daher mit dem Beispiel von Republiken vom Leibe, in denen das Volk keine Rechte hatte, sie haben mit unseren Bestrebungen nichts gemein. In den vorgeschrittenen Ländern des 19. Jahrhunderts wären sie ohnehin unmöglich. Speziell in Deutschland ist die Bourgeoisie schon längst nicht mehr republikanisch, sondern höchstens konstitutionell. Sie braucht das Königthum, damit es die Arbeiter im Zaume hält. Es ist nur eine Republik noch möglich, die demokratische. Und die demokratische Republik ist die notwendige Vorbedingung zur sozialistischenem.

Wer daher dem arbeitenden Volke einreden will, dass zu seiner sozialen Befreiung die politische Befreiung nicht unbedingt erforderlich sei, der ist entweder ein geflüstelter Betrüger oder ein unverbesserlicher Träumer. In jedem Falle täuscht er das Volk, dessen politische Bedrückung die Stützen seiner sozialen Widersacher sind. Der Ruf: „Nieder mit der Bourgeoisie!“ ist eine hohle, nichtsagende — nebenbei heute auch sehr ungeschickliche — Phrase, wenn er nicht ergänzt wird durch den Ruf: „Nieder mit dem reaktionären Klassenstaat!“

Die soziale Frage ist von der politischen untrennbar und, wie es im ehemaligen Eisenacher Programm mit Recht heißt, ihre Lösung durch diese bedingt. Halten wir daher unverbrüchlich fest an dem Rufe:

Brod und Freiheit!

Leo.

Ein Selbstgemordeter

oder

Wie man in Preußen unbequeme Mitwisser beseitigt.

Hat ihn der Teufel oder hat ihn der — Engel des Herrn geholt? Dies, schreiben wir in voriger Nummer, fragt sich in Hamburg-Altona der Volksmund in Bezug auf den „einäugigen Wolff“, der im Altonaer Gefängniß plötzlich einen Selbstmord begangen haben soll. In wie weit diese Frage berechtigt, und welche Antwort die richtige, darüber erhalten wir von sehr gut unterrichteter Seite die nachstehende hochinteressante Zuschrift:

Hamburg, 24. März 1883.

Vorige Woche tauchte plötzlich in Hamburg-Altona das Gerücht auf, der „einäugige Wolff“, der seine Strafe wegen „Erpressung“ in Altona

selbst „abgehängt“, sei auf der Rückkehr aus dem Gefängniß in der Nähe von Hamburg durch preussische Polizisten abermals verhaftet, in das Polizeigefängniß zu Altona gebracht, und dort, anderen Morgens, tot (erhängt) gefunden worden. Das Gerücht erwidert sich in allen Punkten als richtig, und sofort wurde es durch ein anderes Gerücht ergänzt, das auf den ersten Blick ungläublich erscheint, seine Unglaublichkeit aber verliert, wenn man die Hauptpersonen, die im Spiele sind, kennt. Der Leichnam Wolff's soll nämlich in einer Lage gewesen sein, welche die Wahrscheinlichkeit eines Selbstmordes ausschließt, und im Gesicht und an den Kleidern Spuren an sich gehabt haben, die auf einen verzweifelten Kampf hindeuteten. Also ein Mord statt eines Selbstmordes. Ein Mord im Gefängniß! Es wäre nicht das erste Mal. Wer kennt nicht das tragische Ende des Pfarrers Weidig, der im Gefängniß zu Darmstadt der bestialischen Rachsucht seines persönlichen Feindes, des Untersuchungsrichters Georgi, zum Opfer fiel? Freilich, ein Mord im Gefängniß ist nur denkbar, wenn irgend eine, im Gefängniß selbst in Autorität stehende Person ihre Hand, oder doch ihre Unterstützung dazu leiht. In dem Weidig'schen Fall war es der Untersuchungsrichter, der im Gefängniß zu Darmstadt unbeschränkte Autorität genoss und den Gefängnißwärter Preuninger, seinen Untergebenen, leicht zum Werkzeug gewinnen konnte. Im Fall Wolff liegt das Gerücht, oder sagen wir lieber: die Stimme des Volkes den Polizeikommissarius Engel von Altona als Mörder an.

Volkes Stimme ist Gottes Stimme — sagt das Sprichwort; indeß wir Alle wissen, daß das Sprichwort (wobei Gott ja nur bildlich für Wahrheit steht) durchaus nicht immer zutrifft. Prüfen wir also! Zunächst handelt es sich um die Beantwortung zweier Fragen:

- 1) Liegt für einen Mord ein genügendes Motiv vor?
- 2) Ist Polizeikommissarius Engel ein Mensch, dem ein derartiger Mord zuzutrauen?

Was die erste Frage anbetrifft, so wird die Antwort am Besten durch eine kurze Darlegung des Sachverhaltes gegeben.

Der „einäugige Wolff“, auf dessen frühere Geschichte wir hier nicht zurückgehen wollen, wurde nach Erlass des Sozialistengesetzes zum Verweilen an jenerer Stelle, er trat mit der Berliner Polizei in gleichzeitiger zur Rolle des Agent provocateur. Im Auftrag der Berliner Polizei korrespondierte er mit Rosa*) und verfaß dessen Blutturmbüchlein mit den erwünschten polizeilich-anarchistischen Rivalinbroschen, kurz, er that, was der biedere Rabal und dessen ebenso biedere Hintermänner von ihm verlangten. Eine Zeitlang ging Alles gut. Allmählich jedoch kam die Polizei dahinter, daß die Parteigeheimnisse, welche der „einäugige Wolff“ ihr zu verkaufen hatte, das Kaufgeld nicht werth waren — Wolff wurde gedrängt, er solle preiswürdigere Waare liefern, andernfalls man ihn nicht mehr „beschäftigen“ könne. Damit kam die Polizei indeß nicht weit. Wolff verlegte sich auf die von seinem obersten Chef, dem Herren Bismarck, häufig angewandte Methode der dilatorischen Behandlung, und als es nicht mehr länger ging, legte er sich plötzlich auf die Hinterbeine und drohte der Polizei mit Enthüllungen. Und er war so schlau gewesen, sich Material gegen die Polizei zu verschaffen. Hätte er sich nach irgend einem sicheren Punkt begeben und von da aus unterhandelt, so hätte er gewiß seinen Zweck erreicht. Er beging aber die kolossale Dummheit, an die Ehrlichkeit der Polizei zu glauben — das ward ihm verberstlich. Sobald die Polizei merkte, daß sie betrogen war, sagte sie den Entschluß, sich des „einäugigen Wolff“ um jeden Preis zu entledigen. Derselbe wurde eines schönen Morgens unter der Auflage der Erpressung verhaftet, nach Berlin geschleppt, und dort von sicheren Richtern hinter verschlossenen Thüren zu einer längeren Gefängnisstrafe (zwei Monate) verurtheilt. Alles war für den Moment geregelt. Nur eins fehlte noch: Wolff hatte das in seinem Besitz befindliche die Polizei schwer kompromittirende Material nicht herausgegeben, und der Polizei war es auch, trotz unzähliger Versuche, nicht gelungen, des Materials habhaft zu werden. Und Wolff, durch die ihm geordnete Behandlung zur äußersten Wuth gebracht, steigerte seine Drohungen, sich rächen zu wollen. Hatte er Gelegenheit, seine Drohungen wahr zu machen, so war das ganze Berliner Polizeigetriebe bloßgestellt, und ein Skandal plagte los, verglichen mit welchem die Schmidt'sche Affaire noch reinlich und anständig war. Doch wie den Skandal verhalten? Wolff war zu wüthend, um sich noch auf Verhandlungen einzulassen. Kam er frei, so war mit Gewißheit darauf zu rechnen, daß er seine Drohungen im vollsten Maße verwirklichen würde.

Dem einäugigen Wolff mußte um jeden Preis die Möglichkeit, seine Drohungen zu verwirklichen, abgeschnitten werden. Und daß die Polizei in ihren Mitteln nicht wäherlich ist, das wissen wir zur Genüge.

Vor 14 Tagen war die Straßzeit um. Ueber die Zeit hinaus konnte man Wolff nicht in Altona halten. Man entließ ihn zur richtigen Stunde und — schickte ihm einige Kriminalbeamte in Zivil nach, mit der Weisung, ihn nicht bloß genau zu überwachen, sondern mit ihm auch zu verkehren und ihn zu Neuzugungen zu provozieren, welche seine sofortige Wiederverhaftung ermöglichen würden.

Die Weisung wurde befolgt. Wolff, zu aufgeregt, um die nöthige Vorsicht zu bewahren, kniepte mit seinen freundschaftlichen Begleitern, ließ seiner Junge freien Lauf, und — wurde auf die Auflage hin, eine Majoritätsbeleidigung verübt zu haben, verhaftet.

Nachdem wir dies dargelegt, wird der Leser im Stande sein, sich die Frage selber zu beantworten. Unzweifelhaft steht fest, daß die

*) Dieser Georgi, der notorisch am Säuferswahn sinn litt, veranlaßte Gutzkow in den Vier Jahren zu folgendem Distichon:
O unglückliches Land, wo der Wahn sinn sich zu Gerichte,
Wo mit fallendem Mund Recht der Trunkenbold spricht.

**) Rosa hat neuerdings wiederholt in Altona gehandelt, von Wolff Korrespondenzen erhalten zu haben. Die Thatsache, daß die Korrespondenzen doch von Wolff herrührten, wird dadurch natürlich nicht unanfechtbar.

Anmerkungen der Redaktion.

wären die Herren Jünger, bekanntlich die erbittertesten Feinde der selbständigen Arbeiterbewegung. Um so spottbarer war es, daß die Herren, die ihrer eigenen Kraft nicht mehr trauen, einen Vorführer der Berliner Gewerkschaftsbewegung, den Justizrat Götzl, als Gast einladen, um als Korreferent zur Frage der „Untrennbarkeit der Handwerker von der Arbeiterfrage“ zu sprechen. Ob die Liebenswürdigkeiten, mit denen die Herren den „Vertreter der Arbeiter“ überhäufeten, auf diesen Einbruch machten, wissen wir nicht, sein Referat wird von den Zeitungen in einer Weise wiedergegeben, daß es zu allen möglichen Deutungen Veranlassung bietet, das aber wissen wir, daß die Arbeiterklasse sich schärfstens hüten wird, auf die Herren, die mit ihrer Weisheit so ziemlich am Ende sind, hineinzufallen. Die Arbeiter haben kein Interesse daran, Bestrebungen zu unterstützen, welche die moderne Entwicklung der Industrie aufhalten sollen, eine Entwicklung, die, soweit Uebel sie heute für den Arbeiter im Gefolge hat, den Keim der Erleichterung in sich trägt, während die Realisierung der Wünsche der Handwerker nichts anderes wäre als die Vereinerwägung der Knetschaft der Arbeiter.

Aber die Bestrebungen der Handwerker sind unrealisierbar, die Entwicklung der Industrie läßt sich nicht aufhalten. Wenn daher der Handwerker die Idee des Freiherrn von Felsenbach zum Grunde nimmt: „Neubegründung und Sicherung des Mittelstandes oder — Renaissance gegen die Ausbeutung an den schaffenden und erworbenen Kräften“, so haben wir nichts dagegen einzumenden. Das „Entweder“ ist ein Ding der Unmöglichkeit, der Mittelstand ist dem Untergang geweiht, darum ist es hinein in's Ober: Revolution gegen die Ausbeutung!

Schönen Dank, Herr Freiherr, für diese Alternative.

— Staatsanwaltliche Frechheit. Bei der Verhandlung des Frankfurter Amtsgerichts in der Geiser-Frohme'schen Fahrkartenaftäre (am 22. Mai) zeichnete der funktionierende Staatsanwalt sich durch die Rüpelhaftigkeit seines Benehmens aus. Es handelt sich in der fraglichen Angelegenheit bekanntlich um einige, einer Dame gehörende Fahrkarten, welche auf die Fahrkarten der beiden genannten Abgeordneten von Frankfurt nach Leipzig geschickt wurden, und die, auch wenn sie nicht auf die Fahrkarten genommen worden wären, auf das Fahrblatt der Dame hin unentgeltlich hätten befördert werden müssen. Die Dame ist erwiesenermaßen an dem Vorgang ganz unbeteiligt, und würde, selbst wenn das Verfahren Frohme's und Geiser's formell inkorrekt gewesen wäre — von „Betrug“ kann selbstverständlich die Rede nicht sein — vollkommen frei von jeglichem Vorwurfe sein. Tragend hat der funktionierende Staatsanwalt — Laug heißt der Bursche — sich nicht enthalten, bei seinen Exhortationen die Dame als „Frauenzimmer“ zu titulieren, — eine rohe Fliebelei, welche den Mangel an Bildung dieses Gefesedwärtlers und Mustervertreters der „sitlichen Staatsbeiden“ in greller Beleuchtung stellt. Freilich, die Dame ist eine Tochter des Sozialdemokraten Liebknecht, und der biedere Herr Staatsanwalt glaubte sich deshalb berechtigt, sie zum Gegenstand seiner — Langbühlerci machen zu dürfen. (Wie wir erfahren, hat Genosse Liebknecht sich beschwerdebejährend an die Oberstaatsanwaltschaft in Frankfurt gewandt und wird die Sache bis zum nächsten Verfolgern. Red. d. „Sozialdemokrat.“)

— Mit den Wahlprüfungen, schreibt man uns, soll es nun rasch vorwärts gehen. Eine Anzahl neuer Kommissionsberichte liegen dem Reichstage vor und sollen demnächst erledigt werden. Die Akten der Wahl im IV. Berliner Wahlkreis sind inzwischen von der Staatsanwaltschaft an die Wahlprüfungskommission zurückgegangen, und kaum jeden Tag deren Entscheidung erwartet werden. Daß diese auf Beanstandung lauten wird, steht bereits fest. Kassirung kann deshalb nicht erfolgen, weil — wie früher schon mitgeteilt ward — die Behauptung, daß eine größere Anzahl von gültigen Zetteln auf den Namen Bebel's mitgeteilt worden seien, sich als unrichtig herausgestellt hat. In einigen Fällen ist dies freilich vorgekommen; es ist aber das Gleiche bei gegnerischen Zetteln vorgekommen — und jedenfalls ist die Zahl der Stimmzettel, die Bebel unberechtigterweise nicht zugerechnet wurden, zu gering, um seine Minorität in eine Majorität zu verwandeln. Dagegen sind sonstige Unregelmäßigkeiten verübt worden, welche die Beanstandung, und — nach amtlicher Feststellung der Thatfachen — auch die Ungültigkeitserklärung der Wahl im IV. Berliner Wahlkreis notwendig machen werden. Das Versteck bezüglich der Wahl Stolle's war, wie wir gleich vernehmen, vollständig grundlos. Nachdem der von uns erwähnte Sachverhalt konstatiert werden, hat die Wahlprüfungskommission schon vor längerer Zeit dem Reichstage die Gültigkeitserklärung der Wahl Stolle's vorgeschlagen; und der fragliche Antrag ist auch sofort und ohne Debatte vom Reichstage angenommen worden. — Mit Rücksicht auf die Wahl im 13. sächsischen Wahlkreis (Landkreis Leipzig) scheint eine behauerliche Unterlassungsblunde begangen worden zu sein. Auf Erkundigungen hin wird uns nämlich geschrieben, daß ein Wahlprotokoll gar nicht eingereicht sei. Ganz sicher ist dies noch nicht, jedoch ist die Hoffnung, daß es anders sei, leider um eine sehr geringe. Das Material für den Protokoll war rechtzeitig gesammelt (und es reichte für 10 Protokolle aus — der 13. Wahlkreis ist bekanntlich die Agitationsdomäne des Sporig) und einem Genossen zur Bearbeitung rechtzeitig übergeben — dieser ward aber gerade am jene Zeit aus Grund des famosen Belagerungszustands-Paragrafen aus Leipzig ausgewiesen. Und das mag die rechtzeitige Einreichung verhindert haben.

Rachschrikt. Es beklagt sich leider, daß der Wahl-Protokoll von unserem Genossen im 13. sächsischen Wahlkreis nicht eingereicht worden ist. In der Wahlprüfungskommission des Reichstags weiß man nichts von einem solchen Protokoll!

— Das Krankentassengesetz wäre um ein Haar ein § 1, A (Handelnd von der Ausdehnung des Gesetzes auf die ländlichen Arbeiter) gescheitert. Zwar hatte die Kommission diese Ausdehnung sehr stark verknäuelst und sorgfältig so viel Hinterbüchlein verfertigt, daß man ohne Uebertreibung sagen kann: sie habe die Regel bloß festgehalten, um hinten nach die Ausnahmen zur Regel zu machen — allein immerhin ging die Sache den Herren Junkern wider den Strich, und, da die Reichsregierung die Annahmehaft für den armen Mann so versteht, daß sie sich verpflichtet hält, für Junker und Bourgeois einzutreten, so erklärte Herr Scholz, der gegenwärtige Parlaments-Handknecht Bismarck's, das Gesetz für unannehmbar, wenn der § 1, A beibehalten würde. So bot sich eine vortheilhafte Gelegenheit, das jammervolle Gesetz in der Geburt zu erlösen. Dank den schlechtesten Arrangements des Herrn Eugen Richter, welcher den Mitgliedern der Fortschrittspartei bei Beginn der Pfingstferien die positive Versicherung erteilt hatte, vor der dritten Lesung der Gewerbeordnungs-Novelle sei die Annahmehaft nicht absolut notwendig, waren, bei der entscheidenden Abstimmung am 25. Mai, die Blüthe der Fortschrittspartei leer, und der unbehagliche Paragraf wurde mit 136 gegen 134 Stimmen, den Wünschen der Regierung gemäß, aus dem Gesetz entfernt. Herr Eugen Richter würde einen so großen Fehler nicht haben begehen können, wenn er von der Tragweite der sogenannten „Arbeitergesetzgebung“ eine Ahnung hätte.

— Die willkürliche Verhaftung der Reichstagsabgeordneten Diez, Frohme, Ballmar (nach dem Kopenhagener Kongress) kam am 26. Mai in der Geschäftsordnungskommission, vor welche die Annahmehaftigkeit bekanntlich verwiesen worden, zur Verathung. Ueber das Resultat derselben heißt es, „daß die Kommission in Bezug auf die Beurtheilung des Borgehens der Polizei einstimmig sei, und dessen Ungeheuerlichkeit nicht bezweifle; in Bezug darauf, was gegen die beteiligten Polizeibeamten zu thun sei, herrsche jedoch Meinungsverschiedenheit.“ — Kurz, es wird wieder die bekannte Walsch-mir-den-Pelz-und-mach-mich-nicht-nahe-Preis befolgt werden, und namentlich soll Herr Windhorst, die „Perle

von Neppen“ für diese der Regierung bequemste Lösung gearbeitet haben. Die kleine Exzellenz apportiert noch willfähriger als weiland Laster. Das einzig Gute ist, daß die Sache demnächst an dem Reichstage zur Vertheilung kommen muß, und dann unsere Abgeordneten in der Lage sind, die schmachvolle Polizeiwirtschaft gebührend an den Dranger zu stellen und nach allen Richtungen hin rückichtslose Kritik zu üben.

— Aus Frankreich. Der Kongress der „Union Föderative“ des Zentrums der sozialistisch-revolutionären Arbeiterpartei hat seine Sitzungen beendet. Die deutsche Presse hat es für gut befunden, lediglich eine Episode dieses Kongresses, den in Handgreiflichkeiten ausartenden Kampf mit den Anarchisten, ihren Lesern mitzutheilen. So bedauerlich nun auch solche Vorgänge sind, so müssen wir unsere Genossen in Deutschland doch davor warnen, nach ihnen den Stand der Arbeiterbewegung in Frankreich überhaupt beurtheilen zu wollen. Das sind Dinge, die überall vorkommen können, und namentlich da sehr leicht passiren, wo die Parteiverhältnisse noch nicht vollständig geklärt sind. Auch im vorliegenden Falle ist vielleicht ein nicht geringer Theil der Schuld der wichtigsten Form der Kongressinladung zuzuschreiben, auf welche die Anarchisten sich berufen durften.

Was die Beratungen selbst anbetrifft, so verbietet uns deren Ausdehnung eine auch nur summarische Wiedergabe derselben. Es wurde auch diesmal der Modus beobachtet, daß zu jeder einzelnen Frage der Tagesordnung die einzelnen Gruppen meist vorher ausgearbeitete Gutachten abgaben, so daß man von einer eigentlichen Diskussion mit Rede und Gegerede nicht sprechen kann. Einzelne dieser Voten sind übrigens sehr interessant und legen Zeugniß ab von dem Eifer und der Sorgfalt, mit der die betreffenden Gruppen die Fragen studirt haben. Andere verrathen allerdings sehr naive Monomische Anschauungen.

Diese Gutachten wurden alsdann von einer dazu bestellten Kommission zusammengestellt und auf Grund derselben dem Kongresse Resolutionen zur Annahme vorgelegt.

Von diesen Resolutionen veröffentlichen wir zunächst die betreffende „öffentliche Dienste in Staat und Kommune“. Es freut uns, daß der Kongress der Bevölkerung, sich auf Grund der famosen Theorie der öffentlichen Dienste“ des Herrn Broussé auf das Niveau der „Gemeinnützigen Gesellschaften“ zu stellen, nicht anbeimgelassen ist, sondern die Grundzüge des revolutionären Sozialismus vorausgesetzt hat. Die betreffende Resolution lautet:

„In Erwägung, daß die Konkurrenz in jedem Zweige der Produktion und des Handels durch den Sieg der Einen und die Niederlage der großen Mehrzahl zur Schöpfung von Monopolen zu Gunsten Einzelner führt;

daß die Gesellschaft in Bezug auf ganze Produktionszweige nicht von der Gnade Einzelner abhängen darf;

daß es daher der Gesellschaft obliegt, in ihrer organisierten Form, als Staat, einzugreifen und das Monopol durch öffentliche Dienstleistungen zu ersetzen, die entweder unentgeltlich oder zum Kostenpreis verrichtet werden;

in Erwägung jedoch, daß diese Einrichtung öffentlicher Dienstleistungen unter der politischen Herrschaft der Bourgeoisie immer zum Vortheil der Kapitalisten, sehr oft aber zum Schaden der Arbeiter ausfällt;

daß, wenn daher auch in einzelnen Fällen selbst in der heutigen Gesellschaft die Forderung der Errichtung öffentlicher Dienste geboten erscheint, das Proletariat die Bourgeoisie von der Herrschaft verdrängen muß;

beschließt der Kongress: die als besondere politische Partei organisierte Arbeiterklasse muß als unmittelbares Ziel die Eroberung der politischen Gewalt im Auge haben, um die Umwandlung der Privatproduktion in gesellschaftliche selbst beschleunigen und leiten zu können;

der Regionalkongress des Zentrums beleiht den Wunsch aus, daß diese wichtige Frage auf die Tagesordnung des nächsten Jahreskongresses gesetzt und daß dort diskutiert werde, wie und durch wen die öffentlichen Dienste zu organisieren sein werden.

Der Schlußpassus scheint uns den Werth der Bewilligung eines unabhängigen Begräbnisses zu haben.

Sehr interessant für unsere Leser dürften die Beschlüsse des Kongresses in Bezug auf die Frage sein: „Die Einwanderung ausländischer Arbeiter in Frankreich und die durch sie bewirkte Lohnkonkurrenz.“

Wir können über die taktvolle Behandlung dieser Frage seitens der von der Konkurrenz der Ausländer recht hart beeinträchtigten Pariser Arbeiter nur unsere hohe Befriedigung ausdrücken. Bis jetzt liegen uns allerdings nur die Gutachten vor. Wir verschreiben unseren Bericht, darüber, bis uns auch die betreffende Resolution zugegangen sein wird.

Am letzten Sonntag, den 27. Mai, als dem Jahrestage der Niederwerfung der Kämpfer der Pariser Kommune, zogen die Revolutionäre aller Schattirungen hinaus auf den Vore-Lachaise, um das Andenken der Gefallenen zu ehren. Die Gräber wurden mit prachtvollen Kränzen und Schleifen geschmückt — auch die Provinz hatte solche geschickt — revolutionäre Ansprachen wurden gehalten, alle Verhufe, Zwangigkeiten zu provozieren, aber energisch niedergehalten. Es mochten im Ganzen 8000 Personen an der Demonstration theilnehmen. Die Polizei war massenhaft aufgebotsen, fand aber keine Gelegenheit einzuschreiten.

Korrespondenzen.

— Berlin, 30. Mai. Der Kampf gegen das Ausbeutungssystem schreitet thätig vorwärts. In einer heutigen bis auf den letzten Platz überfüllten Rauerversammlung wurde einstimmig der Streik beschlossen, welcher morgen schon beginnt und voraussichtlich mit gutem Erfolge. Die Forderung beträgt vier Mark pro Tag. — (Nach den neuesten Berichten ist der Streik bereits zum größten Theil beendet und wird nur noch partiell fortgesetzt.)

— Halle a/S., 29. Mai. Als Antwort auf die jüngsten polizeilichen Verfolgungen wurde hier am vorigen Sonntag das folgende vielfach bekannte, aber immer noch treffliche und zutreffende Gedicht in einer Anzahl von mehreren tausend Exemplaren verbreitet:

Der Ochs und das Morgenroth.

Ein wohlgenährter Vollblutstier
Berief einstmal sein Nachbarn
Sehr früh und ging um's Morgenroth
Spazieren in dem Straßenkost.

Das horngekrönte Haupt gefenkt,
Gibt er dahin und summt und denkt;
Dem heutigen denkt das Vieh
Sogar und treibt Philosophie!

So tragt er mit bedächt'gem Sinn
Zum nahen Fluß, zur Tränke hin;
Da, wie er blüht zur Fluth hinein,
Glänzt grell des Frühroths Widerschein.

Des Morgenhimmels Glanz und Zier,
Sie blenden unser Vollblutstier;
Das Rindvieh ist, wie allbekannt,
Dem Rothen nicht sehr zugewandt.

Auch unser Ochs verstet dabei
In nicht geringer Kaserrei;
Er blüht und droht, doch was er droht,
Es glüht fort das Morgenroth.

Das war zu viel! Züblinder Wuth
Stürzt der Behörnte in die Fluth.
Der Ochs erschoff — doch gibt es hic
Noch manches Stüch von solchem Vieh. —

Die Polizei merkte während der Vorbereitung absolut nichts, so daß dieselbe ohne jede — Aufheförung erfolgte. Wegen Abbruch aber sah man sämmtliche Träger der Polizeiwärde, vom niederrsten Politischen bis zum Polizeirath, besonders aber den Commissarius Grosse, sich immer wieder verzweiflungsvoll an die Stirne greifen! Wunderbarer Weise fanden sie aber Nichts!

— Meerane, 24. Mai 1883. Weberfreil ausgebrochen.

Anlässlich der schon seit Jahren seitens unserer Fabrikbesitzer beliebtesten Hungerlöhne fühlten sich die Arbeiter endlich einmal veranlasst, am 12. Mai in der Fabrik von Strauß und Sohn die Arbeit einzustellen; die Besitzer derselben gaben jedoch der von den Arbeitern gestellten Forderung von 75 Pfg. pr. Stük schon am 16. ds. Mts. nach, und wurde die Arbeit alsbald wieder aufgenommen.

Gleichzeitig wurde auch in den Fabriken von C. F. Schmieder und Compagnie, L. Thiem u. Cie. gleiche Lohnzulage angefordert, da dieselbe jedoch nicht berücksichtigt wurde, so ist am 17. d. M. in beiden Fabriken die Arbeit eingestellt worden. Die uns von den Fabrikbesitzern daraufhin versprochene Lohnzulage von 25—50 Pfg. wurde in der am 19. d. M. stattgefundenen Versammlung für ungenügend und der Streik in Permanenz erklärt.

Wenngleich die Stimmung unter den Arbeitern als ausgezeichnet zu betrachten ist, so muß doch berücksichtigt werden, daß dieselben erst kurz vorher eine mehrwöchentliche Arbeitspause durchgemacht haben und daß die Lage der streikenden Kollegen in Folge der unangünstigen Verhältnisse eine sehr traurige ist.

Wir wenden uns daher an alle Kollegen mit der Bitte, uns in unserem Streben nach Verbesserung unserer Lage zu unterstützen, indem wir zu jeder Zeit erdtig sein werden, in gleichen oder ähnlichen Fällen anderen Kollegen gegenüber unseren Verpflichtungen nachzukommen.

Die Zahl der Streikenden beläuft sich ungefähr auf 800.

Da die schlechten Verhältnisse auch in unserem politischen Vorgehen sehr hindernd im Wege stehen, so bitten wir um die möglichste Verbreitung (hauptsächlich in Amerika!) dieser Ankündigung.

Der Lohn der Streikenden belief sich seit zwei und drei Jahren auf sechs, sieben und acht Mark pro Woche!

Meerane, 24. Mai 1883.

Mit Gruß!

Das Komitee der streikenden Weber:

Viktor Friedemann, Karlstraße 30.

NB. Alle Gelder bitten wir zu senden an: Hermann Pöhler, Restaurateur, Heinrichstraße.

Die Redaktion des „Sozialdemokrat“ hat sofort nach Eintreffen dieses Berichtes ein Flugblatt ausgesetzt und an alle ihr bekannten Adressen im Auslande versendet. Dieses Flugblatt schließt mit folgendem Appell, der auch in Deutschland beherzigt werden mag:

Genossen allerorts! Wir empfehlen Euch dringend, nach Kräften dem Wunsche unserer braven Meeraner Freunde zu entsprechen. Namentlich aber Ihr, Genossen in Amerika, waltet die Gelegenheit nicht veräumen, Eure Brüder in der alten Welt kräftig zu unterstützen. Sorgt dafür, daß namentlich die Fachgenossen des Streikenden in drüben von dem Kampf erfahren und alsdann das Freige thun. Der Sieg der Meeraner wird der ihre sein, ihre Niederlage aber würde vermehrte Auswanderung und Unterdrückung von Arbeitskraft und Arbeitsprodukt auf dem Weltmarkt zur Folge haben!

Fürchtet auch nicht, daß Eure Unterstützung zu spät kommen werde. Wenn auch selbst bei Eintreffen derselben der oben erwähnte Kampf schon beendet sein sollte, so würde das Bewußtsein, daß sie auf die Unterstüzung ihrer Kollegen, der besser situirten Arbeiter, rechnen dürfen, auf die Arbeiter nicht nur Meerane's, sondern auch der ganzen erdgebirgischen Industrie im höchsten Grade ermutigend wirken, der Sieg würde befestigt und allgemein, eine Niederlage aber wieder angewendet werden!

Genossen allerorts! Bedenkt, daß ein ausgehungertes Arbeiterhand auch unfähig ist zur Eringung seiner politischen Unabhängigkeit! Denkt an das Dichterwort:

Brod ist Freiheit, Freiheit Brod!

Es lebe die internationale Solidarität aller Arbeiter!

Jülich, 26. Mai 1883.

Die Redaktion des „Sozialdemokrat.“

— Mainz, im Mai. Zur Antisemiterei. Wenn in einem Haushalt oder Geschäft die Verhältnisse unbefriedigend sind, so greifen diejenigen, denen man irgendwie eine Schuld zurechnen könnte, oftmals in die lächerlichsten Entschuldigungen. Wie dies im Kleinen der Fall ist, so verhält es sich im Wesentlichen auch im großen Haushalt der Staaten und Völker. Seit Gründung des neuen deutschen Reiches ist Manches an uns vorübergegangen, das zur Aufwindigung für alle die möglichen Zustände dienen mußte, um dadurch der Aufmerksamkeit des Volkes die Wurzel und Ursache der allgemeinen Misere zu entziehen. Als die Wogen des Kulturkampfes noch hoch gingen und von der Oberfläche des politischen Lebens viele ernste Fragen hinweggespült, sollte es abwechselnd die schwarze und rothe Internationale sein, die den Frieden im Innern stören und hauptsächlich das Nichtertriften des gewünschten Glückes verschuldeten.

Die Sozialdemokratie aber mußte mehr als jede andere Partei als Sündenbock herhalten, bis die Zeit der Attentate kam und den Reaktionen aller Parteien einen billigen Vorwand zur Genehmigung eines Ausnahmefalles gab. Die „Aufwiegler“ waren dadurch zunächst von der Oberfläche verdrängt, aber die läugnerische Zufriedenheit wollte auch jetzt noch nicht Einkehr halten in den Häutern der Armen und Bedrängten, deren Lage mit jedem Tage schlimmer wurde und noch wird. An Stelle gerechter und vernünftiger Reformen, die von der Regierung und den herrschenden Klassen als segensbringende Geschenke in Aussicht gestellt worden waren, was jedoch kein Arbeiter jemals ernst nahm, trat der Polizeistruß, um jedes Verlangen nach dem Versprochenen möglichst zu hintertreiben, und jede Kundgebung der Arbeiter zu verhindern. Inzwischen verfielen Stücker und seine Hintermänner auf die Idee der Antisemiterei, um dadurch einen neuen Sündenbock für die verderbliche Zeit dem Volke zu zeigen. Die schwarze Internationale hatte ihr theilweise demokratisches Programm mit reaktionären Forderungen im Sinne unserer Konservativen veranlasst, die rothe Internationale war durch Wegfall am öffentlichen Wirken verhindert, trotzdem aber herrschte der alte Beland im ganzen Lande fort und Jedermann sah ein, daß alles Versprochene eitel Humberg war. Wenn der Teufel in Noth ist, kriecht er fliegen, warum sollten Stücker und Konforten nicht dazu kommen, die „jüdische Internationale“ als Ursache unserer miserablen Zustände hinzustellen, um das Volk vom rechten Weg abzubringen und ihre eigene Schuld zu verschleiern? Während an manchen Orten die Antisemiterei bereits im Abnehmen begriffen ist, indem das Volk die Unmöglichkeit dieses Windmühlensampfes eingesehen hat, treten an anderen Orten Leute hervor, die gern die Bewegung wieder anfachen wollen, um mittels derselben zunächst ein Geschäft zu machen; denn Prinzip ist solchen Personen bei allen derartigen Dingen nebensächlich.

So hat denn auch Mainz seit drei Monaten sein antisemitisches Wochenblatt, das, nebenbei bemerkt, auch fast konservativ ist. Grönder und Macher ist ein bei der letzten Reichstagswahl aus dem ultramontanen Lager zu der Sozialdemokratie übergegangener Schwärmer, der auch noch einen anderen sogenannten Führer der Partei, nebst zweifelhaftem Anhang, auf seiner Seite vereinigte und eifrig befehrt war, die Beträuererleute auf dem Lande zur Kolportage daselbst zu benutzen, was allerdings nicht gelang, denn der gesunde Sinn unserer Leute ist über einen solchen Rummel hoch erhaben. Es ist nur zu wünschen, daß derartige alsbald der Ackerlichtigkeit verfallende Wandler nicht dazu fähren, die Kräfte und Zeit der Partei zu vergeuden und die wahre Ziele des Sozialismus aus den Augen zu verlieren. Alle anderen Parteien sind uns gegenüber eine reaktionäre Masse und alle Ausbeuter, ob jüdisch oder nicht, sind dem Volkswohl als solche schädlich. Junker und Pfaffen aber sind diejenigen, deren Bestreben mindestens ebenso schlimm ist, als das jüdischer und christlicher Geldprogen. Junker und Pfaffen, die gerne die Juden aus dem Lande verjagen möchten und stark in Antisemiterei machen, sind um kein Haar besser als der auf seinen Geldsack pochende Bourgeois.

Uebrigens sollte aber dem Sozialisten nichts fern liegen, als Anteil zu nehmen an einem Kampfe, der die Befreiung anderer Menschen, und wie dies bei der Judenverfolgung der Fall ist, hauptsächlich deswegen, weil sie nicht „national“ „argermanisch“ u. d. m. seien, bezweckt, alles Dinge, die dem Sozialdemokraten sehr gleichgültig sind, da er die Proletarier aller Länder und Sprachen, unbekümmert um ihre religiöse Ueberzeugung, soweit eine solche noch vorhanden ist, oder zukünftig vorhanden sein sollte, vereinigen will. Nicht der Jude ist es, wie wir aus der Erfahrung und dem Studium der Sozialökonomie wissen, der wuchert, sondern der Kapitalist. Das Weib ist der Strich und der Wucherer nur der Heckerleser der Gesellschaft, um mit Lieblichkeit zu reden, die dem Arbeiter und Kleinbürger am Galgen der unorganisierten Volkswirtschaft zu Grunde richtet.

Der Kampf der Sozialdemokratie kann niemals ein einseitiger gegen bestimmte Bevölkerungsklassen sein, sondern muß gegen alles gleichmäßig geführt werden, was unseren Zielen hindernd im Wege steht.

Auch soll man den Tausch nicht an die Wand malen. Deutsche sind in allen ganz- und halbkolonialen Ländern zerstreut und treiben Handel mit den Produkten tropischer Länder; sind dort ansässig und mindestens noch fremder als der Jude in Europa. Ganz Europa ist entwirrt und bereit, seine Kanonendonnen zum Schutze seiner Angehörigen an die Gassen des stillen Weltmeeres und anderer Gegenden zu senden, sobald auch nur im Geringsten dort wohnende Europäer, die die Ausbeutung derselben doch im höchsten Maße betreiben, von den Bewohnern jener Gegenden und Länder bedroht sind. Deutsche in fremden Ländern sollen ungeschoren ansauben dürfen, Deutsche dürfen in Heimathlande selbst ansauben, nur wollen Städter und Konfession dieses so einträgliche Geschäft ohne jüdische Konkurrenz selbst besorgen.

Aufgabe der Sozialdemokratie ist und bleibt, beiden Theilen ohne Unterschied der Laufe, das Handwerk gründlich zu legen.

Ein Proletarier.

Karlsruhe.

Am 18. Morgens 1/6 Uhr verschied nach kurzem Krankenlager einer unserer tüchtigsten und bravsten Parteigenossen, der Zigarrenarbeiter

Karl Rinkwitz,

im Alter von 40 Jahren.

Wir fühlen uns veranlaßt, im Parteiorgan seiner langen Thätigkeit, wenn auch nicht als Agitator, so doch als tüchtiger Organisator, zu gedenken. Karl Rinkwitz stand vom Augenblicke an, als die Sozialdemokratie in Deutschland ihr Banner entrollte, in unseren vorbesten Reihen und kämpfte unerschrocken, trotz Belagerungszustand und Polizeischikanen, für die Befreiung der Enterbten.

Ehre seinem Andenken!

Stötterich-Leipzig, 21. Mai 1883.

Die Parteigenossen von Stötterich.

Am Montag, den 21. d. M., verschied an der Schwindsucht unser braver und wackerer Genosse

Rax Jaumsegel

im Alter von 35 Jahren.

Derselbe war einer unserer eifrigsten Genossen, es gab keine Propaganda, an der Jaumsegel nicht theilhaftig gewesen wäre. Eine Zeit lang war er verantwortlicher Redaktor des Parteiblattes „Dresdener Volksbote“ und hatte als solcher vielfach unter den Verfolgungen der Schergen der Gewalt zu leiden. Der Keim zur Schwindsucht, den er, wie so viele Arbeiter, sich durch Ueberanstrengung geholt hatte, wurde dann im Gefolge seiner Arbeit ausgebildet.

Bis zum letzten Atemzuge gehörte Jaumsegel der Partei an, und es gab für ihn, als er im Krankenhause lag, keine größere Erquickung, als wenn er den „Sozialdemokrat“ oder die Reichstagsreden unserer Abgeordneten zu lesen bekam. Jaumsegel schenkte kein Opfer für die Partei, darum Ehre seinem Andenken!

Die Parteigenossen von Dresden und Umgebung.

Sprechsaal.

Werthe Redaktion!

In der letzten „Allerhöchsten Botschaft“, welche im Frühjahr dieses Jahres dem „hohen deutschen Reichstag“ zugeht, wurde besonders betont, daß die preussisch-deutsche Regierung stets ein „warmes Herz“ für die Arbeiter habe; wie dies „warme Herz“ sich in der Praxis geäußert oder richtiger gesagt, wie es praktisch betätigt wird, dafür nachstehender Beweis.

Unterzeichnet wurde auf Grund des § 28 des famosen Ausnahmegesetzes vom Jahre 1878 am 29. November desselben Jahres aus Berlin und am 31. Oktober 1880 auf Grund desselben Gesetzes aus Hamburg ausgewiesen. Nachdem sich derselbe dann bis zum Januar 1882 unter vielfachen Drangsalirungen und Schikanen bemüht hatte, im „geliebten deutschen Vaterland“ sich die ihm verdichtete Exilienz und Hauslichkeit wieder zu schaffen, jedoch stets kurze Zeit nach seiner Anmeldung bei der Polizei infolge Denunziation der letzteren wieder brotlos geworden war, war derselbe gezwungen, in Anbetracht der bedauerlichen Lage seiner ihres Ernährers beraubten Familie beim Berliner Polizeipräsident um Erlaubniß zu einem, wenn auch nur vorübergehenden, Aufenthalt in Berlin nachzusuchen. Derselbe wurde auch, nachdem man sich nach der Lage der Lage der Familie erkundigt hatte, gewährt und auch, auf erneutes Gesuch, von Monat zu Monat verlängert. Welche Gründe nun plötzlich zur nicht weiteren Verlängerung des gewährten Aufenthaltes vorlagen, sind Unterzeichnetem nicht bekannt; ohne daß man ihm einen Grund angab, mußte er nämlich am 30. April, Abends 12 Uhr, den Berliner Befehlsgang verlassen und wieder verlassen. Er hat nun — freilich wer weiß, auf wie lange? — bereits wieder Beschäftigung gefunden. Nun verlangt man aber bei der polizeilichen Anmeldung einen sogenannten „Verhaltenschein“ oder ein Führungsattest vom letzten Aufenthaltort. Da Schreiber dieses nun aber nicht im Besitz eines solchen „Verhaltenscheines“ war, wandte sich derselbe behufs Erlangung eines solchen an den Amtsvorsteher zu Kitzdorf bei Berlin und erhielt dann auch folgendes Schriftstück:

„Dem Schlosser Carl Rudolph Fedor Siegerich, geboren am 22. Dezember 1839 zu Berlin, wird hiermit auf Verlangen zum Zweck seines Ausweises amtlich bescheinigt, daß derselbe vom 4. April 1882 bis den 30. April 1883 hier gemohnt, sich während dieser Zeit gut geführt hat und als bekräftigt nicht verzeichnet ist.“

Siegerich ist auf Grund des § 28 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 aus dem Reichthum der Stadt Berlin, der Stadtkreise Charlottenburg und Potsdam und des Kreises Teltow, Niederbarnim und Rhavelland ausgewiesen.

Ritzdorf, den 17. Mai 1883.

Der Amtsvorsteher: Bobbin.

Führungs-Attest

für

den Schlosser Carl Fedor Siegerich.

Hierzu ist noch zu bemerken, daß man sich für dieses „Attest“ 1 M. 50 Pf. bezahlen ließ.

Der Unterzeichnete erlaubt sich nun zu behaupten, daß es mit der „Arbeiterfreundlichkeit“ titel Hamburg ist; im Uebrigen wird Jeder mit mir der Meinung und Überzeugt sein, daß es zur reinen Unmöglichkeit gehöre, auf ein solches „Attest“ hin sich eine dauernde Exilienz zu schaffen. Ich tröste mich einweilen mit der Hoffnung, daß aufgeschoben ist nicht aufgehoben ist, und werde nicht ermangeln, zur geeigneten Zeit für die mir und vielen anderen meiner Genossen wiederkehrende Unbill an der dann stattfindenden Abrechnung theilzunehmen und unentwegt zur Fahne zu stehen.

Fedor Siegerich.

Sechste Redaktion!

Gegenüber einem während meiner Abwesenheit von Lüttich verbreiteten Gerüchte, wonach die Polizei am 2. April bei mir nach geflohenen Kleiderstücken gesucht und auch solche gefunden haben soll, sehe ich mich genöthigt, in Kürze den Verlauf der Hausdurchsuchung, die an benanntem Tage, 4 Mann hoch, bei mir abgehalten wurde, zu berichten. Derselbe erfolgte angeblich im Auftrage des Ministers, und zwar am Abend eines anonymen Briefes, den man bei der Verhaftung eines russischen Studenten gefunden haben will, und in welchem dieser aufgefordert wurde, sich an den Unterzeichneten zu wenden, behufs Abholung von Sachen, die nicht mit der Post nach Kachen transportiert werden könnten. Man erkundigte sich, ob ich diesen oder jenen Artikel zu verheimlichen könne, resp. in Korrespondenz mit ihm stände, kurzum, man suchte nach Dynamit, Hölzmaschinen, Korrespondenzen u. s. w. und schraubte sogar meinen Spazierstock auseinander. Nach 2 1/2 stündiger Arbeit nahm man endlich, resp. in Korrespondenz mit ihm stände, kurzum, man suchte nach Dynamit, Hölzmaschinen, Korrespondenzen u. s. w. und schraubte sogar meinen Spazierstock auseinander. Nach 2 1/2 stündiger Arbeit nahm man endlich, resp. in Korrespondenz mit ihm stände, kurzum, man suchte nach Dynamit, Hölzmaschinen, Korrespondenzen u. s. w. und schraubte sogar meinen Spazierstock auseinander.

Die Parteigenossen allerorts, besonders die in Lüttich, werden wissen, wo solche Gerüchte herkommen und welchen Zweck sie verfolgen; man will die ohnehin traurige Lage meiner hinterlassenen Frau und meiner drei Kinder noch verschlimmern. Ich danke den Lütticher Genossen, Deutschen wie Wallonen, für die Hilfe, die sie sowohl mir bei meiner Abreise, als auch meiner Familie haben angedeihen lassen; ich werde den Opfermuth nie vergessen und mich jederzeit dessen würdig zeigen. Zu kämpfen gibt es allerwärts; mit Haß im Herzen gegen das reaktionäre Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem vertiefte ich die Weinen, entschlossen, bis zum letzten Athemzuge, zu kämpfen bis die politischen und ökonomischen Fesseln zerfallen sind.

Halte fest, Genossen allerorts, der Tag der Befreiung ist nahe, wenn Jeder seine Pflicht erfüllt.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Hoch die soziale Revolution!

R. Sauerborn.

Thomas Evans, Sekretär der Liverpooler Sektion der demokratischen Föderation, wünscht mit Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei des Festlandes, die sich etwa in Liverpool befinden sollten, in persönlichen Verkehr zu treten.

Adresse: Th. Evans, 32 Wilbraham Street, Scotland Road, Liverpool.

Briefkasten

der Expedition: Blanc: M. 13. — à Cto. Ab. am 16/4. erh. und gutgebr. Weiteres Hl. — A. S. S.: M. 21,20 Ab. u. Schft. erh. Mehrbeslg. notirt. Schft. abgg. — Jud verkauft W'kur: Fr. — 60 pr. Ufd. dtd. erh. — E. S. Schft.: M. 4,00 Ab. Mai bis Ende Sept. u. Schft. erh. — Rosam. J. für Agr. Fr. 3,75 Ab. 2. Qu. erh. — Zum Marsdenmal: Fr. 18,10 gef. bei der Konferenz d'fgr. Vereine der Westschweiz in Biel dtd. erh. u. deponirt. — Vom Buchbindersgilde Bern gebndet Fr. 16. — f. d. Familien ausgemessener Soz. in Dtschld. d. Ufd. dtd. jugew. — H. L. P. in S.: M. 9. — Ab. 2. Qu. erh. Adv. geordn. — Pamerstschiff: M. 36. — Ab. 1. Qu. u. Df. vom 25/5. erh. Antw. fort. — Kitzan: M. 37,80 Ab. 2. Qu. erh. Df. vom 9/5. eingetr. Jud. anderseits zuvor behandelt. — Wilhelmshaven: M. 16. — à Cto. Ab. dtd. erh. — E. S. S.: M. 3. — Ab. 2. Qu. erh. Weit. u. P. R. — Russ. Post: Fr. 30. — à Cto. erh. — Gebr. Hermingh. St. Louis: Fr. 101,25 à Cto. Ab. u. Schft. erh. — H. B. Dg.: dtd. 1,75 f. Schft. erh. — Wrbg.: Fr. 25,49 à Cto. erh. Df. erwartet. — A. Heims, Clyde: Fr. 10,25 (2 Doll.) zweite Rate Kongressfond dtd. erh. Df. folgt. — Rebus: M. 12. — Ab. April und Mai erh. Df. Weiteres. — Von genauen Rechnern 3 ungenauere Joru-Richtlein à 20 = Fr. — 60 d. Agids. dtd. einverleibt. — Rast: M. 50. — à Cto. erh. Behlsg. u. vorgemerkt. — Pflaum, W'kur: Fr. — 50 f. Schft. durch R. erh. — Stbrg.: M. 25. — à Cto. erh. Ab. u. gutgebracht. Rdr. u. notirt. — Blume-Seppur: M. 9. — à Cto. Ab. 1. u. 2. Qu. erh. Df. notirt. Abrechng. a. 29/5. abgg. — Rothtragen a. d. Bistler: M. 12. — Ab. 2. Qu. f. 4 Expl. erh. Alles im Gang. — Durch Ede von einem Wucherer: Fr. — 66, für 1 Kipfel aus dem belagerten Jerusalem: Fr. 4,20, die gekraufte Jugend einer Petroleumse: Fr. 2,01, von einer Afrobatengefellschaft Fr. — 95 und Strafe für unzureichende Vorkläge: Fr. 1,35 erh. und Alles dem Agids. dtd. zugewiesen. — Der Bekannte: M. 100. — à Cto. gutgebr. Rdr. u. notirt. — Himmel — : M. 400. — pr. Akzept d. 21/5. erh. Ausgleich bemerkt. — Fr. R. Sphgn.: Sdg. v. 26/4. mit Nr. 18 an S. abgg. Näheres u. P. R. vom 30/5. — Rauswurf Gt.: Df. v. 26/5. trotz total falscher Rdr. erh. Näheres Hl. am 30/5. — G. R. Gm.: Fr. 66. — Ab. 2. Qu. u. Schft. erh. — Pariser Gen.: Fr. 14,60 f. d. nächste Reichstagswahl und Fr. 16,75 f. d. Wahl Babel's durch E. S. dtd. erh. — Komm. Arb.-Bd.-Ber. London: Fr. 118,70 (Pfd. St. 4,14,4) zur Hamburger Reichstagswahl dtd. erh. — W. Hoffmann London: Fr. 25,30 (1 Pfd. St.) à Cto. gutgebracht. Df. u. folgt.

Schriftenverzeichnis

der beiden

Haupt-Niederlagen sozialistischer Schriften:

Expedition des „Sozialdemokrat“

und der

Volksbuchhandlung

Kasinostrasse 3

Hottingen-Zürich.

(Schluss.)

Otto-Walster, † Am Webstuhl der Zeit. Sozial-polit. Roman in 3 Bänden complect	3 — 2 50
Lieferungen: Heft 11—15 (Schluss)	à — 25 — 20
— Eine mittelalterliche Internationale, histor. Novelle	1 — — 80
— Kranko Herzen. Zwei Novellen. 1. Der Traum im Walde. 2. Die letzten Walzer eines Wahnsinnigen	1 25 1 —
— Braunschweiger Tage, hist. Roman	3 50 2 80
— Allerhand Proletarier. Eine Hausgeschichte	— 70 — 55
— Rienzi, Drama in 5 Aufzügen	— 40 — 35
Ott, A., Zur Frage des Schweiz. Tabakzolls	— 10 — 10
Petzler, J. A., Die soziale Baukunst, Bd. 1. u. II. broch. à	4 — 3 20
— Dasselbe, gebunden	à 5 — 4 —
Politzer, S., Behandlung der politischen Gefangenen in Bayern	— 10 — 10
Pro Nihilò (Arnim contra Bismarck)	1 — — 80
Prows, John Brown, der Befreier der amerikan. Neger	1 — — 80
Protokolle der Kongr. des Schweiz. Arbeiterb. zu Olten 1873, Winterthur 1874, Basel 1875, Bern 1876, Neuenburg 1877, St. Gallen 1879, Olten 1880 à	— 15 — 15
Allo zusammen	— 75 — 60
Protokoll des Stuttgarter Kongresses 1870	— 35 — 30
— des Drosdner „ 1871	— 35 — 30
— des Eisenacher „ 1873	— 35 — 30
— des Coburger „ 1874	— 35 — 30
— des Gothaer Kongresses 1876 und 1877 à	— 35 — 30
— des Kongresses zu Wyden 1880	— 25 — 20
— des Kopenhagener Kongresses 1883	— 25 — 20
— des Holzarbeiter-Kongresses zu Nürnberg 1873	— 30 — 25
Programm der sozial. Arbeiterpartei Deutschlands	— 1 — 1
— Degl. und Organisation d. dtsch. Soz. l. d. Schweiz	— 1 — 1
— Programm und Statuten des Schweizerischen Arbeiterbundes 1877	— 5 — 5

Programmbroschüre. (Was die Sozialdemokraten sind und wollen?)	— 5 — 5
Rasch, G., Die Preussen in Elsass-Lothringen	3 20 2 60
Rohleder, Die Pariser Kommune vor der Deputirtenkammer zu Versailles	— 30 — 25
Rüstow, W., Caesarismus	2 50 2 —
Rechenschaftsbericht der sozialdem. Reichstagsabgeordneten 1879	— 25 — 20
Reden der soz. Abgeordneten Babel, Freytag, Liebknecht im sächs. Landtag am 9. Februar 1882 über Amtsmissbrauch der Gerichte und Polizei bei Wahlen, Ausführung des Sozialistengesetzes etc. in Sachsen (stenogr. Bericht)	— 40 — 50
Reform oder Revolution?	— 5 — 5
Rekurs der soz. Partei der Schweiz an den Zürcher Kantonsrath gegen d. Verbot d. Weltkongr. 1881	— 2 — 2
Sack, E., Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit — Beiträge zur Schule im Dienste für die Freiheit — Gegen die Prügelpädagogen	1 — — 80
Schäffle, Quintessenz des Sozialismus	1 50 1 20
— dasselbe französisch, übersetzt von K. u. B. Malon	1 50 1 20
Schneid, K., Die natürl. Stellung d. Volksschullehrers	— 25 — 20
Scholl, K., Die freien Gemeinden u. d. Sozialdemokratie — Massenaustritt aus der Kirche	— 15 — 15
Schramm, Grundzüge der National-Ökonomie,	— 35 — 30
Schulze, Der grosse Krach, ein Märchen für grosse und kleine Kinder, broch.	— 40 — 30
— gebunden	— 50 — 40
Schweizer Arbeiter, wie stellt Du Dich? (Ein vorzüglicher Leitfad. z. soz. Agitation in Briefform)	— 20 — 20
Seidel, Rob., Staatlicher Getreidehandel od. wie kommt das Volk zu billigem Brod?	— 85 — 30
Stiebeling, Dr., Darwinismus und Sozialismus.	1 25 1 —
— Lesebuch für das Volk	1 25 1 —
Stamm, A. Th., Blicke auf das Volkselend	— 10 — 10
— Sozialist. Wahlprogramm	— 25 — 20
Semiten und Arier. Offener Brief an Hofprediger Stöcker von O. M. 1880	— 25 — 20
Serno-Solowiewitsch, U. russ. Angologenheit. Sozialdemokratie, die, vor dem deutschen Reichstag, (1878 Sozialistengesetz) compl. broch.	2 50 2 —
Sozialistengesetz, das neue, vor dem deutschen Reichstag 1880. Verhandlungen nach dem stenogr. Bericht und Gesetz, compl. broch.	2 — 1 60
Sozialdemokratisches Lesebuch	— 50 — 40
Inhalt: Jacoby, Ziele der Arbeiterbewegung, Partei-programm, Die zehn Gebote im Reich der Gottesfurcht, Das Lied vom Brode; Demokratie u. Sozialismus im alten Griechenland; politisch und sozialpolitisch Beliebiges, Erklärungen, Gedichte, Biographien etc. etc.	
Sozialistische Wahltablette 1867—82	— 25 — 20
Sozialistische Theaterstücke:	
Nr. 1: Ein Schlingel, als Rollen nöthige 5 Expl.	1 75 1 40
Einzeln à	— 35 — 30
Nr. 2: Prossprozesse, als Rollen nöthige 7 Expl.	1 75 1 40
Einzeln à	— 30 — 25
Nr. 3: Ein Opfer, als Rollen nöthige 20 Expl.	7 — 5 60
Einzeln à	— 50 — 40
Nr. 4: Die Nihilisten, historisches Drama	— 60 — 50
Nr. 5: Der Deserteur, ein Zeitgemälde	— 80 — 65
Nr. 6: Max Hirschkuk, komisches Charakterbild aus der Berliner Arbeiterbewegung	— 25 — 20
Nr. 7: Der Staatsstreich v. Galgenhausen od. die Geheimnisse der Familie Rammelkopf (ein Sittenbild)	— 50 — 40
Staatswirtschaftliche Abhandlungen, à Heft	— 30 — 25
Heft I: Inhalt: Ueber Erbpacht; Gewinntheiligung der Arbeiter; Zur Staatsbahnfrage; Vermischtes.	
Heft III: Internationale Arbeiterorganisation; Steuern u. Zölle; Ueber Gewinntheiligung der Arbeiter; v. Verabklärer: Ein sozialistisches Ideal; Vermischtes.	
Stiebers Verdruss, Geheimchrift zur Sicherung des Briefverkehrs in und mit Deutschland	— 15 — 15
Tölcke, Zweck und Organisation des Allgem. deutschen Arbeitervereins I. und II. à	— 30 — 25
Tessendorf und die deutsche Sozialdemokratie	— 40 — 35
Tabakmonopol, das vor dem deutschen Reichstag 1882, stenogr. Bericht	— 60 — 50
Thiesen, Ein Räthsel, oder: Warum war ich in Verbannung 1874—76?	— 40 — 35
Vogel, Verfälschung der Lebensmittel	1 — — 80
Vollmar, G., Der isolirte Staat, eine soz.-ökon. Studie	— 25 — 20
— Waldverwüstung und Ueberschwemmung	— 15 — 15
— Der gegenwärtige Stand der Waldschutzfrage	— 30 — 25
Volksstaatkalender, Jahrgang 1875	— 20 — 20
Inhalt: Die Hanauer Turner im badischen Aufstand; Hebe Ostern, historisches Gemälde aus dem Bauernkrieg; Wo liegt die Rettung? Aus dem Tagebuch eines Sozialisten; Zur Landfrage etc.	
Volksstaat-Fremdwörterbuch, brochirt	— 60 — 50
Wander, Drei Jahre aus meinem Leben. (Eine Helden- that Stiebers.)	1 50 1 20
Werner, F., Der Kladderadatsch, politische Humoreske	— 15 — 15
Weberstrieke, der, zu Crimmitschau 1882	— 15 — 15
Westerburg, praktisches und geplantes Strafrecht in Deutschland	— 25 — 20
York, Die industr. Arbeiterfrage (Neues Arbeitsrecht).	— 25 — 20
Zimmermann, R., † Pfaffenpeitsche	2 — 1 60
Zeitgeist, eine Studie über Nationalökonomie, Politik, Kunst, Wissenschaft, Gerechtigkeit.	— 35 — 30
Zukunft, Sozialist. Revue, komplett gebunden	10 — 8 —
— Heft 1 und 2 (Vorrath 1200, besonders zur Agitation geeignet, meist abgeschlossene Artikel enthaltend)	— 10 — 10
— weitere einzelne Hefte	— 50 — 40

Die durchgehends reduzierten Preise verstehen sich nur gegen Baar-Vorauszahlung. Franko für Rabatt.

Bei grösseren Posten für Wiederverkäufer kann Spezialabkommen getroffen werden.

Kleinere Beträge sendet man am besten in Briefmarken jedes beliebigen Landes, grössere in Papiergeld, eingeschrieben, oder per Postmandat an unsere bekannten Adressen.

Durch bekannte Vertrauensleute gegengezeichnete Bestellungen gemäss postdiebstichsichere Behandlung, unbekannte Besteller müssen wir besonders bedenken.

Ausserordentliche Expresssendungen erleiden einen Spezialzuschlag auf Kosten der Besteller.

Zur Beachtung!

In Kopenhagen ist ein Streik der Zigarrenarbeiter ausgebrochen. Bezug fernzuhalten. Näherer Bericht in nächster Nummer.

London Comm. Arbeiter-Bildungs-Verein 49 Tottenham Street, Tottenham Court Road. Die Wirthschaft des Vereins ist geöffnet von Morgens 9 bis Nachts 12 Uhr. Wir ersuchen die reisenden Genossen auf unsere Adresse zu achten. Der Vorstand.

New-York Arbeiter-Fortbildungsverein Derselbe versammelt sich jeden Montag in Jean Gross's Hamburger Hall 176 Ost 3. Street. 1.00 (12) Der Vorstand.

Sozialistische Genossen! Soz. l. d. Schweiz! Hottingen-Zürich.